

Die besondere Art der „Wohlfahrt“

In Hessen versucht eine Arbeitsgemeinschaft der Polizei, einen Landkreis von unerwünschten AusländerInnen zu befreien. Von Carolin Simon-Winter

Die vom Landrat des Kreises Offenbach, P. Walter, und dem Polizeipräsidium Südosthessen ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft hat sich verpflichtet, im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“, den Kreis von „Gerissenen“, „von Menschen mit hoher krimineller Energie“ zu befreien. Das taten sie schnell, kompromisslos und sehr effektiv. Nun findet sich immer mehr Sand im Getriebe, die wohl ausgeklügelte Maschinerie kommt ins Stottern.

Als im Jahr 2006 die AG Wohlfahrt, die sich aus drei Polizeibeamten und einem Mitarbeiter der Ausländerbehörde zusammensetzte, gegründet wurde, hatte sie einen klaren Auftrag. Sie sollte den Kreis von „Scheinasyllanten“ befreien, um dem „Steuerzahler“ und den „wahrhaft Bedürftigen“ ihr Geld zu sichern. Eine „Gerechtigkeitslücke“ sollte geschlossen werden.

Es war nicht schwer, die Täter zu ermitteln. Gab es doch im Kreis 200 Personen, die sich als Palästinenser ausgaben und eigentlich, so die Annahme, Jordanier seien. Für den Landrat sind die angeblichen Palästinenser kein Einzelfall: „Hier handelt es sich um einen richtiggehenden Markt ...“, und so wurden alle Palästinenser unter einen Generalverdacht gestellt und es wurde schnell gehandelt. Bis Ende 2007 wurden 138 Personen erfolgreich (!) abgeschoben. Ein paar fehlten noch, dann endlich hätten sie vermelden können, dass sie ihrer „gesetzlichen Verpflichtung konsequent und in aller Entschiedenheit“ erfolgreich nachgekommen sind. Aber der Widerstand, der der AG- Wohlfahrt entgegengebracht wurde, weitete sich aus, gewann immer mehr Unterstützer aus nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen und auch aus verschiedenen politischen Lagern. Der Widerstand formiert sich auch weiterhin, weil es zum einen wichtig ist, die Menschen zu unterstützen, die in die Fänge dieser AG geraten sind. Er formiert sich aber auch, weil es um die Prinzipien unseres Rechtsstaates geht und die Sorge, dass diese einem politisch motivierten Interesse nachgeordnet werden. *(Alle in diesem Teil verwandten Zitate aus: Gemeinsame Presseerklärung des Landrates des Kreises Offenbach und des Polizeipräsidioms Südosthessen vom 18. Februar 2008)*

Beginnen wir mit den Menschen: Familie Khateeb lebt seit 18 Jahren in Dietzenbach. Vater, Mutter und 7 Kinder. Bis zum Sommer 2006 waren sie ganz normale Menschen, die hier ihre Heimat gefunden hatten. Die Kinder gingen zur Schule, waren in Vereinen, hatten ihre Freunde, spielten, lernten und wuchsen heran. Das Herkunftsland ihrer Eltern und Großeltern, Palästina, kannten sie aus Erzäh-

lungen. Die arabische Sprache konnten sie verstehen, aber nicht schreiben.

Im Sommer 2006 wurden sie buchstäblich über Nacht zu Kriminellen gemacht. Es war in der Nacht, in der die AG-Wohlfahrt in die Wohnung der Familie eingedrungen war und alles auf den Kopf stellte, nach nicht vorhandenen jordanischen Pässen suchte, alle über 14-jährigen mit auf das Revier brachte und den Vater und den ältesten Sohn ins Gefängnis steckte. „Wir dachten, sie hätten sich geirrt und alles würde sich aufklären“, so sagten die Kinder später zu mir. Dies war ein Trugschluss, stattdessen war es der Beginn eines nun mehr als drei Jahre dauernden Alptraums.

Ich habe diese Anfänge miterlebt, als die Familie plötzlich öffentlich diffamiert und kriminalisiert worden ist, als sie in Presseberichten und Stellungnahmen als „Gerissene, als Betrüger, als Straftäter“ bezeichnet wurde. Sie wurden öffentlich verurteilt, ohne dass es je ein gerichtliches Verfahren gegeben hat. Sie wurden verurteilt, weil eine Behörde, die sich Wohlfahrt nennt, das Urteil spricht. Das ist die moderne und subtile Form des Prangers und hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun.

Ich habe miterlebt, wie Hassan, sein Bruder und sein Vater in Abschiebehaft genommen wurden. Ich habe miterlebt, wie die Familie im November 2007 in einer Nacht und Nebel-Aktion zur Abschiebung fertiggestellt, in Busse verfrachtet und ihnen die Kontaktaufnahme verweigert wurde, weil ein Beamter die Batterien aus dem Telefon genommen hatte. Wie Frau Khateeb und ihre Kinder durch die Flughafenhalle getrieben wurden, wie der Vater und einer der Söhne wie Schwerverbrecher umstellt von Polizisten am Flughafen weggebracht wurden.

Ich habe mit anhören müssen, wie die Beamten der Wohlfahrt über die Familie geredet haben, wie sie sagten, dass bei Arabern nur der Mann weg muss, dann kommt die Frau schon hinterher. Ich habe die Verzweiflung der Familie mit ansehen müssen, als sie den Vater aus dem Gefängnis heraus abgeschoben haben, ohne dass er sich verabschieden durfte. Erst als er im Flugzeug saß, durfte er seine Frau anrufen. Das Gespräch wurde nach ein paar Sätzen dadurch unterbrochen, dass ein Beamter ihm das Handy wegnahm und stattdessen Frau Khateeb ein paar, das Arabische nachäffende, Worte „hinterher schob“. Übrigens wurde nicht nur die Familie von der Abschiebung des Vaters nicht informiert, sondern auch die zuständige Richterin des Verwaltungsgerichts wurde über die Aktion im Unklaren gelassen, und das, obwohl sie die

Carolin
Simon-Winter
ist Pfarrerin der Ev.
Kirche in Hessen
und Nassau

Behörde des Kreises schriftlich aufgefordert hatte „etwai-ge Vollzugsmaßnahmen vier Wochen vorher anzukündi-gen.“

Was hier geschehen ist, hat nichts mehr mit der Durch-setzung von Recht und Gesetz zu tun. Das sind men-schenverachtende, diskriminierende Willkürakte.

So etwas darf nicht sein!

Aber auch aus juristischer Sicht ist das Vorgehen der AG zumindest fragwürdig. Hassan, der älteste Sohn der Fami-lie, studiert allen Widerständen zum Trotz Jura an der Uni Frankfurt. Mittlerweile hat sich der Fachbereich solidarisch erklärt und auch Professoren haben öffentlich Stellung bezogen und für die Familie ein Bleiberecht gefordert. Auch liegt dem Petitionsausschuss eine Stellungnahme eines Staatsrechtlers vor, die der Argumentation der AG Wohlfahrt widerspricht.

Aber nicht nur Stellungnahmen von externen Fachleu-ten lassen die glatte Fassade bröckeln. Die AG Wohlfahrt trägt selbst dazu bei, dass ihre Glaubwürdigkeit erschüt-tert wird:

So behauptete z. B. die AG Wohlfahrt im November 2007, dass mit „laissez-passers“ keine „freiwillige Ausreise“ möglich sei. Im Herbst 2009 sagt derselbe Beamte, dass die von der jordanischen Botschaft ausgestellten „laissez-passers“ einem Pass mit Nationalitätsnachweis gleichwer-tig seien. *(Familie Khateeb hatte sich damals nach lan-gem, inneren Ringen zu der „freiwilligen Ausreise“ ent-schlossen, weil die AG Wohlfahrt ihnen das „Angebot“ gemacht hatte, Hassan könne sein Abitur machen, wenn der Rest der Familie „ohne Ramba Zamba, ohne Presse und so“ ausreisen würde. „Wir sind ja keine Unmen-schen“, wurde uns lächelnd versichert.)*

Die Liste der Ungereimtheiten ließe sich noch erwei-tern. Sie liegt jetzt detailliert dem Petitionsausschuss des Hessischen Landtags vor.

Ich hoffe, dass die Mitglieder des Petitionsausschusses die Lage der Familie genau prüfen, damit eine menschliche, aber auch gesellschaftlich relevante, Tragödie verhindert werden kann.

Natürlich geht es um die Familie Khateeb - sie alle sol-len hier bleiben. Es gibt für sie keinen anderen Ort, der Heimat wäre. Aber es geht auch um unsere Gesellschaft. Es geht darum, dass eine derart agierende Behörde ihre Grenzen aufgezeigt bekommt. Daran wird gearbeitet und es werden immer mehr, die ihre fachliche Kompetenz dafür zur Verfügung stellen. Und die Herren der Wohlfahrt helfen auch mit, indem sie ihre „Aufträge erfüllen“ und dabei plumpe Diskriminierung und menschenverachten-des Handeln nicht unterdrücken können, indem immer mehr Ungereimtheiten auftauchen und sie sich in Wider-sprüche verwickeln.

Sand ist im Getriebe; hoffen wir, dass er die Maschine-rie zum Stehen bringt. Das wäre eine echte Wohltat für unser Land.<

Kurz vor Redaktionsschluss gab der seit dem 01.März amtierende neue Landrat des Kreises Offenbach bekannt, die AG Wohlfahrt auflösen zu wollen. Die Ermittlungen gegen Flüchtlinge, die sich illegal hier auf-hielten, gingen jedoch weiter; ledig-lich die eigens gegründete Ermitt-lungsgruppe würde aufgelöst.

DER RECHTE RAND

**SCHWARZ AUF WEIß
32 SEITEN
MAGAZIN
NACH HAUSE
JEDEN ZWEITEN MONAT
FÜR ANTIFASCHISTINNEN**

**MAGAZIN VON UND FÜR
ANTIFASCHISTINNEN**

Berichtet regelmäßig, gut re-chercheiert mit harten Fakten über rechte DemokratInnen mit rassistischen Ansichten, revancharistische Vertriebene, diskursorientierte wölkische Zei-tungsprojekte, jungkonservative Zirkel, parteipolitische AktivistIn-nen, neo-nationalsozialistische Kameradschaften und die Ver-horrlichung des Nationalsozia-lismus.

www.der-rechte-rand.de